

## Alliierte Einflussnahme auf die schweizerische Maschinenindustrie.

Gestern fand im Bureau von Herrn Direktor Dr. Hotz mit den Spitzen des Vereins schweizerischer Maschinenindustrieller eine Konferenz über das englisch/amerikanische Vorgehen gegen die führenden Unternehmen der Maschinenbranche statt. Anwesend waren u.a. Herr Minister Sulzer, Herr Direktor Wolfer, Herr Dr. Walter Boveri, Herr Dr. Gyr von der Firma Landis & Gyr, Herr Dr. Schindler von der Maschinenfabrik Oerlikon, Herr Direktor Müller von den Stahlwerken Fischer. Die Vertreter der Maschinenindustrie waren einhellig der Auffassung, dass der Bundesrat gegenüber den Einmischungen nicht untätig bleiben dürfe, wenn nicht anstelle geordneter zwischenstaatlicher Verhandlungen ein Chaos treten sollte.

Herr Dr. Wolfer, Delegierter des Verwaltungsrates der Firma Gebrüder Sulzer, hatte gestern eine Besprechung mit Minister Norton, der Herrn Sullivan zuzog. Es wurde Herrn Wolfer, angeblich gemäss Instruktion aus London, auf heute bis Mitternacht, Frist angesetzt zur Unterzeichnung des Undertakings. Gesprächsweise wurde Herrn Wolfer zu verstehen gegeben, dass die Firma Sulzer, wenn sie mit der Annahme des Undertakings voranginge, den britischen Behörden einen grossen Dienst erweisen würde. Anscheinend wäre man dafür der Firma Sulzer gegenüber zu gewissen Erleichterungen bereit gewesen: wenn die Firma nur eingewilligt hätte, ein Präjudiz zu schaffen.

Die Handelsabteilung beabsichtigt, Herrn Bundesrat Stampfli die sofortige Einberufung der Finanzdelegation des Bundesrates zu beantragen, zwecks Beratung eines Bundesratsbeschlusses gemäss angeheftetem noch unbereinigtem Entwurf.

Die Konferenz ist sich der akuten Krise, die die vorgeschlagene Verfügung als Antwort auf die britischen Einmischungen auslösen könnte, bewusst. Vor allem ist mit der sofortigen Versetzung der in Untersuchung befindlichen Firmen auf die schwarze



Liste zu rechnen. Ferner ist auch die Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen, dass uns die Alliierten die halbe Lebensmittelquote wieder sperren. Die Folgen, die mit einem Gewährenlassen der Einmischungen verbunden wären, könnten aber nicht minder unheilvoll sein; umso mehr, als Anzeichen dafür vorhanden sind, dass auch an andere Wirtschaftszweige, vorab die chemische Industrie, die Uhrenindustrie und das Bankgewerbe, über kurz oder lang Forderungen gestellt werden dürften.

Auf den Vorschlag, der Vorsteher des Politischen Departements möchte vor Ablauf der der Firma Sulzer gesetzten Frist Minister Norton eröffnen, dass der Bundesrat nicht umhin könne, aus Gründen der Souveränität, der Neutralität und im Interesse würdiger zwischenstaatlicher Beziehungen die Unterzeichnung von Undertakings zu verbieten, antwortete der Unterzeichnete, dass damit der Entscheid des Bundesrates bereits vorweg genommen würde und dass ein einzelnes Departement nicht wohl die Verantwortung für eine Massnahme übernehmen könne, die für unsere Beziehungen zu den Alliierten und unsere Landesversorgung von so weittragender Bedeutung werden könnte.

Unabhängig von der Frage des Undertakingverbots ist beabsichtigt, den britisch/amerikanischen Behörden einen neuen konstruktiven Vorschlag auf Abbau der Exporte nach Achsenländern zu unterbreiten. Um nicht den Eindruck aufkommen zu lassen, dass schweizerischerseits bloss ein Kampf um Zeitgewinn geführt werde, würde ein Termin angegeben, etwa der 10. November, bis zu dem der Vorschlag zu erwarten wäre.

Bern, den 21. Oktober 1943.

1. Entwurf.